

Resolution der AGDF-Mitgliederversammlung 2018

Menschenwürde aller achten – gegen Rassismus und Antisemitismus

Wir erleben in diesen Tagen, dass rechtspopulistische und rechtsextreme Strömungen stärker, rassistische und antisemitische Stimmen lauter werden. Es geht längst nicht mehr allein um die Abweisung geflüchteter Menschen an den Grenzen, auch Migrantinnen und Migranten sollen aus unserer Gesellschaft verschwinden. Propagiert wird ein politisches Klima, in dem Verunglimpfung und Hetze gegen Geflüchtete, gegen Migrantinnen und Migranten an der Tagesordnung sind. Ihre generelle Ablehnung soll akzeptierbar werden. Gezielte Provokation gehört zu den Strategien beispielsweise der AfD, um Ängste und Verunsicherung unter der Bevölkerung zu schüren. Unzufriedenheit mit der Politik oder der sozialen Lage werden instrumentalisiert, dabei wird von den wirklichen Problemen abgelenkt. Dies gefährdet den Frieden in unserer Gesellschaft.

Dagegen setzen wir uns zur Wehr. 50 Jahre nach Gründung der „Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden“ bekräftigen wir Kernanliegen und Grundsätze unserer Arbeit.

Wir treten dafür ein, die Würde eines jeden Menschen zu achten und die Rechte aller Menschen zu wahren. Wir wehren uns gegen Rassismus und Antisemitismus.

Wir erinnern uns, welches Leid verfolgte Menschen in Deutschland und durch Deutschland erlebt haben. Geschlossene Grenzen haben zu oft ihre Schicksale besiegelt.

Wir trauern um Tausende Tote, die Jahr für Jahr an den Außengrenzen der Europäischen Union sterben. Wir sorgen uns um Verfolgte und Bedrohte, welche in Lagern festsitzen oder auf Fluchtrouten ihr Leben riskieren. Sie brauchen Sicherheit.

Wir sind Verfolgten und Bedrohten verpflichtet - als Christinnen und Christen, als Mitbürgerinnen und Mitbürger. Sie suchen eine bessere Zukunft in unserem Land und erleiden Ausgrenzung und Diskriminierung.

Wir treten ein

- für einen Frieden zwischen Staaten und Bevölkerungsgruppen, der gerechte Lebensbedingungen für alle Menschen zum Ziel hat,
- für verstärkte Anstrengungen hinsichtlich demokratiepolitischer Bildung und Aufklärung, einen konstruktiven Streit um Werte, für gesellschaftspolitische Dialoge und Beteiligungsformen
- für eine Kultur, die Raum gibt für die Erinnerung an Menschheitsverbrechen („Crimes against humanity“), die zu unserer Geschichte gehören, insbesondere an den Mord an den Jüdinnen und Juden Europas,
- für politische Konsequenzen aus dieser Geschichte,
 - dass nie wieder Menschen würdelos behandelt und wegen ihres Aussehens, ihrer Religion, ihrer sexuellen Neigung o.ä. angegriffen oder verunglimpft werden,
 - dass nie wieder Grenzen geschlossen werden vor Menschen, die vor Verfolgung Zuflucht suchen,
 - dass unsere Gesellschaft offen ist für eine Vielfalt von Lebensgestaltungen, so dass alle Menschen hier in Freiheit und ohne Angst leben können.

Konkret fordern wir von Bundestag und Bundesregierung:

- Klar und eindeutig zum Recht auf Asyl für politische Verfolgte und von gewaltbedrohten Menschen zu stehen und erfolgte Einschränkungen des Asylrechts zurückzunehmen.
- Den Menschen, welche Schutz bei uns suchen, ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen und ihre Verunglimpfung zu bekämpfen.
- Den Geflüchteten, die ein Bleiberecht in Deutschland haben, einen uneingeschränkten Familiennachzug zu ermöglichen.
- Gemeinsam mit europäischen Partnern sichere Fluchtwege zu ermöglichen – statt zivile Seenotrettung zu kriminalisieren und die Grenzen zu unüberwindbaren Festungsmauern auszubauen.

Wir rufen dazu auf, sich an den Europaweiten Demonstrationen gegen Nationalismus und für ein geeintes Europa am 13. Oktober zu beteiligen (#unteilbar). Wir unterstützen die zum Tag des Flüchtlings am 28. September von pro asyl gestartete Kampagne #NichtMeineLager – gegen die Entrechtung schutzsuchender Menschen.

Bonn, den 29. September 2018